Kleine Anfrage

der Abg. Anton Baron und Udo Stein AfD

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Rückgang land- und forstwirtschaftlicher Fläche in Langenburg und denkmalschutzrechtliche Aspekte erneuerbarer Energien

Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. Sind ihr die in der Stadt Langenburg umstrittenen Pläne eines Grundstückseigentümers zur Installation von Photovoltaikanlagen auf 6,8 Hektar Ackerland in der Nähe des Gutshofs Ludwigsruhe bekannt und wie beurteilt sie diese vor dem Hintergrund einer Vernichtung landwirtschaftlicher Nutzfläche, auch zumal im März 2018 eine solche Anlage im Teilort Nesselbach aufgrund dieser Argumentation abgelehnt worden war (siehe Artikel in der Südwestpresse vom 2. Juni 2020 „Gemeinderat ist nicht begeistert vom geplanten Solarpark“)?
2. Wie schätzt die Landesregierung die Bodenqualität des betreffenden Areals ein?
3. Ist die Installation der Photovoltaikanlagen insbesondere an dieser Stelle ein unangemessener Eingriff in die Landschaft sowie auch in die Land- und Forstwirtschaft, zumal es in der nächsten Umgebung bereits zwölf Windenergieanlagen und eine Biogasanlage mit entsprechend bereits jetzt überdurchschnittlich zur Energiegewinnung genutzter Fläche des betreffenden Grundstückseigentümers gibt und dort demnächst voraussichtlich eine Hochspannungs-Freileitung errichtet werden wird?
4. Wie schätzt sie die Auswirkungen einer immer weitergehenden Industrialisierung der Landschaft um das Gut Ludwigsruhe auf den Tourismus im bereits jetzt (wie in Frage 3 ausgeführt) überdurchschnittlich zur „erneuerbaren“ Energiegewinnung genutzten Langenburg ein?
5. Inwiefern hat das Gut Ludwigsruhe eine hohe historische und kulturelle Bedeutung?

6. Wie ist ihre denkmalschutzrechtliche Beurteilung des Vorhabens, zumal die Photovoltaikanlagen (ebenso wie bereits jetzt auf der anderen Seite die Biogasanlagen) in direkter Nachbarschaft des historischen Gutshofs Ludwigsruhe stünden?
7. Welche Auswirkungen auf den Eichenbestand, die Kastanienallee und die Reaktivierbarkeit (bzw. den Mehraufwand bei einer Reaktivierung) der Bahnstrecke sind absehbar beziehungsweise rechtmäßig?

10.06.2020

Baron, Stein AfD

Begründung

Der Gemeinderat der Stadt Langenburg hat den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Solarpark Ludwigsruhe gefasst. Allerdings war die Abstimmung sehr knapp (sechs Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen, zwei Enthaltungen), da das Projekt nicht frei von Kontroversen ist: Einerseits wird die Vernichtung weiteren Ackerlandes kritisiert. Hierzu ist anzumerken, dass die bestehenden Ackerflächen um das Gut Ludwigsruhe zu einem großen Teil der Biogaserzeugung und damit bereits jetzt den erneuerbaren Energien dienen. Auch wurden in der Nähe zwölf Windenergieanlagen aufgestellt, und eine Installation weiterer Anlagen soll mithilfe eines Windmessmastes überprüft werden. Insofern stellt sich die Frage, ob das Gebiet nicht bereits jetzt in einem mehr als ausreichenden Ausmaß zur Energiegewinnung genutzt wird.

Weiterhin soll der Denkmalschutz thematisiert werden, zumal die Photovoltaikanlagen fast unmittelbar an das historische Gut Ludwigsruhe (errichtet um 1740) grenzen würden.

Antwort

Mit Schreiben vom 7. Juli 2020 Nr. 6-4582.3/356 beantwortet das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, dem Ministerium der Justiz und für Europa sowie dem Ministerium für Verkehr die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Sind ihr die in der Stadt Langenburg umstrittenen Pläne eines Grundstückseigentümers zur Installation von Photovoltaikanlagen auf 6,8 Hektar Ackerland in der Nähe des Gutshofs Ludwigsruhe bekannt und wie beurteilt sie diese vor dem Hintergrund einer Vernichtung landwirtschaftlicher Nutzfläche, auch zumal im März 2018 eine solche Anlage im Teilort Nesselbach aufgrund dieser Argumentation abgelehnt worden war (siehe Artikel in der Südwestpresse vom 2. Juni 2020 „Gemeinderat ist nicht begeistert vom geplanten Solarpark“)?
3. Ist die Installation der Photovoltaikanlagen insbesondere an dieser Stelle ein unangemessener Eingriff in die Landschaft sowie auch in die Land- und Forstwirtschaft, zumal es in der nächsten Umgebung bereits zwölf Windenergieanlagen und eine Biogasanlage mit entsprechend bereits jetzt überdurchschnittlich zur Energiegewinnung genutzter Fläche des betreffenden Grundstückseigentümers gibt und dort demnächst voraussichtlich eine Hochspannungs-Freileitung errichtet werden wird?

7. Welche Auswirkungen auf den Eichenbestand, die Kastanienallee und die Reaktivierbarkeit (bzw. den Mehraufwand bei einer Reaktivierung) der Bahnstrecke sind absehbar beziehungsweise rechtmäßig?

Die Fragen 1, 3 und 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

In einer Gemeinderatssitzung am 5. Mai 2020 der Stadt Langenburg wurde ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für eine Photovoltaikanlage östlich von Langeburg-Ludwigsruhe, Flurstück 1220/5 und 1220/9 gefasst.

Die Aufstellung und Änderung der Bauleitpläne, wozu insbesondere die Bebauungspläne zählen, ist eine durch Artikel 28 Grundgesetz (GG) garantierte Selbstverwaltungsaufgabe der Gemeinde. Dies bedeutet, dass die Gemeinden, vertreten durch die von der Bürgerschaft gewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die städtebauliche Entwicklung in ihrem Gemeindegebiet im Rahmen der zu beachtenden Rechtsvorschriften selbst bestimmen. Im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens ist nach § 1 Absatz 7 Baugesetzbuch (BauGB) eine umfassende Abwägung der berührten öffentlichen und privaten Belange vorzunehmen. Insbesondere sind die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens bei der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 BauGB und der Behördenbeteiligung nach § 4 BauGB vorgebrachten öffentlichen und privaten Belange zu bewerten und in die Abwägung einzustellen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden stehen im Bauleitplanverfahren „Solarpark Ludwigsruhe“ allerdings ebenso noch aus, wie die Abwägung der berührten öffentlichen und privaten Belange. Bislang hat die Stadt Langenburg lediglich einen Aufstellungsbeschluss gefasst. Vor Einleitung des Bebauungsplanverfahrens hat sie eine Standortalternativenprüfung durchgeführt, wobei sich der ausgewählte Standort für die geplante Freiflächenphotovoltaikanlage am geeignetsten herausgestellt hat.

Das Bebauungsplanverfahren steht erst am Anfang und zum jetzigen Verfahrenstand ist noch unklar, ob beispielsweise die im Aufstellungsbeschluss ausgewiesene Fläche so bestehen bleibt, oder möglicherweise reduziert wird, und welche Auflagen bzw. Festsetzungen hinsichtlich der Höhe der Anlagen, Eingrünung, Abstand zum Gut Ludwigsruhe, etc. in den Bebauungsplan einfließen werden.

Die Errichtung einer Freiflächensolaranlage im Außenbereich stellt aufgrund ihrer technischen Gestaltung, Größe und weiterer Faktoren grundsätzlich einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Die mit einem Eingriff verbundenen erheblichen Beeinträchtigungen von Naturhaushalt und Landschaftsbild sind vorrangig zu vermeiden und, soweit dies nicht möglich ist, zu kompensieren, vgl. § 1 Absatz 7 BauGB i. V. m. § 1 a Absatz 3 Satz 1 BauGB. Bei Inanspruchnahme von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen, insbesondere sind für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen, vgl. § 1 a Absatz 3 Satz 5 BauGB i. V. m. § 15 Absatz 3 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG). Die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes sind hierbei aber auch mit den Belangen des Ausbaus Erneuerbarer Energien sowie des Klimaschutzes abzuwägen.

Nach Auskunft des EBA wurde die Strecke 4954, Blaufelden–Langenburg mit Bescheid des Eisenbahn-Bundesamts vom 7. Oktober 1996 zum 1. November 1996 in seiner gesamten Länge nach § 11 AEG stillgelegt und ist auf den Streckenkilometern 10,000 bis 12,100 entwidmet. Da sich der Bereich des geplanten Solarparks im Bereich von Streckenkilometer 8,9 befindet, kann die Bahntrasse in diesem Bereich nicht durch die Gemeinde überplant werden. Es ist aber möglich, den Bebauungsplan für Flächen nördlich und südlich der gewidmeten Bahnanlage aufzustellen.

2. Wie schätzt die Landesregierung die Bodenqualität des betreffenden Areals ein?

Die Bodenqualität in dieser Gegend liegt vorwiegend im mittleren Bereich. Bei dem Boden in dem betreffenden Areal handelt es sich um Lettenkeuper-Verwitterungsböden, welche für die dortigen Verhältnisse gut, aber im allgemeinen Ver-

gleich als nicht optimal zu werten sind. Es handelt sich um zwei Schläge Ackerland mit einer Schlaggröße von jeweils etwa 10 ha.

Die Daten zur Bodenschätzung weisen den Standort folgendermaßen aus:

LT5V 50/42 auf Flst. 080410-000-01220/005 und

L5V 48/41 auf Flst. 080410-000-01220/009

Die Kennzeichnung LT steht für die Bodenart „toniger Lehm“, die folgende Zahl 5 für die Zustandsstufe (gibt die Ertragsfähigkeit an, 1 = sehr hoch, 7 = sehr gering), V steht für „Verwitterungsboden“ (Entstehung des Bodens) und die beiden anschließenden Wertzahlen geben die Boden- und Ackerzahl an. Ein Boden mit der höchsten Ertragsfähigkeit hat die Bodenzahl 100. Aus der Bodenzahl errechnet sich durch Zu- und Abschläge für ertragsmindernde oder ertragsfördernde Faktoren (u. a. klimatische Verhältnisse, Topographie) die Ackerzahl. Die Ackerzahl kann als Korrektur der Bodenzahl unter Bewertung der natürlichen Bedingungen des individuellen Standortes gesehen werden. Die Skala hierbei reicht von 1 bis 120 (120 = beste Ertragsfähigkeit).

Die digitale Flurbilanz der Landwirtschaftsverwaltung in Baden-Württemberg weist die Flächen im betroffenen Areal/des Plangebiets als Vorrangflächen der Stufe II aus. Hierbei handelt es sich um überwiegend landbauwürdige Flächen (mittlere Böden) mit einer geringen Hangneigung und auch Flächen, die wegen der ökonomischen Standortgunst für den ökonomischen Landbau wichtig und deshalb aus Sicht der Landwirtschaft der landwirtschaftlichen Nutzung vorzubehalten sind. Im Rahmen der Abwägung sind die Belange der Landwirtschaft mit denen des Klimaschutzes und des Ausbaus erneuerbarer Energien in Einklang zu bringen.

4. Wie schätzt sie die Auswirkungen einer immer weitergehenden Industrialisierung der Landschaft um das Gut Ludwigsruhe auf den Tourismus im bereits jetzt (wie in Frage 3 ausgeführt) überdurchschnittlich zur „erneuerbaren“ Energiegewinnung genutzten Langenburg ein?

Nach Erkenntnissen der Landesregierung kann die Frage nach den Auswirkungen von Anlagen zur Förderung Erneuerbarer Energien auf die Tourismuswirtschaft nicht pauschal beantwortet werden. Zu etwaigen touristischen Auswirkungen auf die Landschaft um das Gut Ludwigsruhe liegen der Landesregierung keine differenzierten Daten vor.

5. Inwiefern hat das Gut Ludwigsruhe eine hohe historische und kulturelle Bedeutung?

Bei dem Jagd- und Lustschloss Ludwigsruhe als Kern der Anlage handelt es sich um ein Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung nach den Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes des Landes. Das Kulturdenkmal ist landschaftsprägend und auch als regional raumwirksames Objekt klassifiziert.

6. Wie ist ihre denkmalschutzrechtliche Beurteilung des Vorhabens, zumal die Photovoltaikanlagen (ebenso wie bereits jetzt auf der anderen Seite die Biogasanlagen) in direkter Nachbarschaft des historischen Gutshofs Ludwigsruhe stünden?

Der Planungsberatung des Landesamtes für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart liegt aktuell noch keine Beteiligung im Sinne des Trägers öffentlicher Belange zu einem Bebauungsplan o. ä. bezüglich eines Solarparks im Bereich Langenburg-Ludwigsruhe vor. Insofern kann auch keine denkmalschutzrechtliche Beurteilung hinsichtlich der Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes (§ 15 Abs. 3) zum Umgebungsschutz erfolgen.

Untersteller

Minister für Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft